

URL:

<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~EE7612A3B6D624789800B59DF33EBF2E3~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

23. Mai 2011

Bildungspolitik

Abschied von der Hauptschule

Von Heike Schmoll

Die CDU-Bildungskommission wird der Partei vorschlagen, sich vom dreigliedrigen Schulsystem zu verabschieden und Haupt- und Realschule zusammenzulegen. Neben dem Gymnasium soll es künftig nur noch eine zweite Schulform, die „Oberschule“, geben. Die Hauptschule sei nicht mehr zu retten.

Die CDU-Bildungskommission unter Vorsitz des sächsischen Kultusministers Wöllner (CDU) wird der Partei vorschlagen, sich vom dreigliedrigen Schulsystem zu verabschieden und Haupt- und Realschule zusammenzulegen. Neben dem Gymnasium soll es künftig nur noch eine zweite Schulform geben. Sie soll den Namen "**Oberschule**" tragen.

Derzeit gibt es in Deutschland 26 verschiedene weiterführende Schularten. Häufig handelt es sich um zusammengelegte Haupt- und Realschulen, die aber in jedem Land und in jedem Stadtstaat unterschiedliche Namen tragen. Die Hauptschule sei nicht mehr zu retten, weil sie von den Eltern nicht akzeptiert werde - weder von deutschen noch eingewanderten Eltern, sagte Wöllner der F.A.Z. Des Weiteren wird die Kommission sonderpädagogische Ausbildungsinhalte als festen Bestandteil aller Lehramtsstudiengänge vorschlagen, nicht nur für die Förderlehrer. Auf diese Weise sollen die Lehrer auf zunehmende Inklusion (gemeinsamen Unterricht mit Behinderten) vorbereitet werden.

Aus Wöllners Sicht war es ein Fehler, Bachelor und Master für Lehramtsstudiengänge einzuführen. Der sogenannte polyvalente Bachelor (wie in Nordrhein-Westfalen) führe zu keinem berufsqualifizierenden Abschluss, sagte Wöllner. Zwar halte er die Modularisierung des Studiums für richtig, allerdings solle es beim Staatsexamen als Abschluss bleiben. Durch strategische und finanzielle Anreize sollten die Universitäten dazu bewegt werden, der Lehrerbildung den Stellenwert zu geben, den sie verdient habe. Über die Vorlage, die derzeit erarbeitet wird, soll der CDU-Parteivorstand Ende Juni befinden, danach entscheidet der Parteitag im November.

URL:

<http://www.faz.net/IN/INtemplates/faznet/default.asp?tpl=common/zwischenzeitung.asp&dx1={1DD3EF83-4FD2-A51F-D33F-90BB47E706EE}&rub={71F0F92B-94C2-40AF-8193-D17861D4690E}>

23. Mai 2011

Leitglosse

Ohne die Hauptschule

Von Heike Schmoll

Die Hauptschule ist nicht mehr schönzureden, wenn sie von Eltern wie Schülern gemieden wird. Daher bleibt der Union gar nichts anderes übrig, als den vernünftigen Weg in die Zweigliedrigkeit einzuschlagen, den Bildungsforscher längst allen Ländern nahegelegt haben. Sowohl Bayern als auch Baden-Württemberg haben schon Auswege aus der reinen Dreigliedrigkeit gesucht, indem sie vielerorts Haupt- und Realschulen zusammengelegt haben. Häufig waren die Hauptschulen wegen ihrer kleinen Klassen schon jetzt teurer als manches Gymnasium.

Mit der Abschaffung einer Schulform aber ist es nicht getan. Die typische Hauptschulklientel aus bildungsbenachteiligten Schichten und Einwandererfamilien wird es weiterhin geben. Sollen all diese Schüler zu einem mittleren Abschluss geführt werden, sind verstärkte Anstrengungen während der gesamten Schullaufbahn nötig. Gelder, die durch den Geburtenrückgang frei werden, müssen im Bildungssystem bleiben, um diesen Jugendlichen zusätzliche Sprachförderung zukommen zu lassen. Deutschland wird sonst mit steigenden Schulabbrecherzahlen und einem riesigen Bildungsprekariat zu kämpfen haben. **Ob es gelingt, Schulklassen mit mehrheitlich eingewanderten Schülern erfolgreich zu einem qualifizierten Abschluss zu führen, hängt im Wesentlichen an der Qualität des Unterrichts, also an der Lehrerausbildung.** Solange auch Unionsländer untätig zuschauen, wie ihre Universitäten viel Geld für die Lehramtsstudenten bekommen, aber nichts für deren spezifische Ausbildung tun, steht es nicht gut um die Zukunft der Schulen.

Der Bundesparteitag der CDU kann zwar vernünftige Grundsatzpapiere verabschieden, doch es gibt keine Verpflichtung, sie in den Ländern ernst zu nehmen. **Hamburg, Niedersachsen und das Saarland sind nur einige Beispiele für die schleichende Aushöhlung des Gymnasiums als erfolgreichster Schulform durch integrative Schulformen. Durch solche schulpolitischen Experimente oder die Verlagerung bildungspolitischer Verantwortung an die Kommunen hat die Union viel Vertrauen an der Basis eingebüßt. Gerade die traditionell unionsnahen Lehrerverbandsvertreter sind tief enttäuscht.** Wenn es der Union nicht gelingt, ein unverwechselbares bildungspolitisches Programm zu verwirklichen und nicht nur davon zu reden, steht es schlecht um ihre schulpolitische Zukunft.